

## ■ WIRKUNG DER WELTWEITEN WIRTSCHAFTSFLAUTE IN DEN MOEL BEGRENZT

*Die Abschwächung der Weltkonjunktur, die sich im IV. Quartal 2001 verschärfte, hinterließ auch in den MOEL deutliche Spuren. Die Wachstumsdämpfung blieb allerdings mäßig, die Region erscheint gegenüber dem externen Konjunkturschock relativ widerstandsfähig. In den einzelnen Ländern hatten neben äußeren Einflüssen spezifische interne Entwicklungen großen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Die Inflation ist weiterhin höher als in den westlichen Industrieländern, hat aber in den meisten Ländern der Region sinkende Tendenz. Die Arbeitslosenquote hat sich auf relativ hohem Niveau stabilisiert. Der Außenhandel ist, sieht man von wichtigen Ausnahmen ab, strukturell defizitär. In allen Ländern der Region erscheint das marktwirtschaftliche System fest etabliert. Gleichzeitig besteht, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, bezüglich der technologischen und institutionellen Ausstattung ein Entwicklungsrückstand.*

Die Vorjahresveränderungsraten für das *Bruttoinlandsprodukt* (BIP) zeigen, wie ausgeprägt der Konjunkturerinbruch war. Dabei ergeben sich zwei unterschiedliche Entwicklungsmuster: Kroatien, Rumänien, die Slowakei, Tschechien und die Ukraine befanden sich Anfang 2001 im Aufschwung; dieser setzte sich im Laufe des Jahres fort, wenn auch in der zweiten Jahreshälfte deutlich gedämpft (Abbildung 1). Die Jahreswachstumsrate dieser Länder war 2001 höher als im Jahr 2000 (Übersicht 1). Getragen wurde die Entwicklung meist von den Bruttoanlageinvestitionen, die 2001 in diesen Ländern real um 7% bis 17% ausgeweitet wurden (Übersicht 2).

Die zweite Gruppe von Ländern – Bulgarien, Polen, Russland, Slowenien und Ungarn – befand sich bereits Anfang 2001 im Abschwung, und dieser verstärkte sich im Laufe des Jahres (Abbildung 1). Damit folgte diese Ländergruppe dem Konjunkturmuster Deutschlands, wobei nicht in allen Fällen ein kausaler Zusammenhang gegeben war: Für die Wachstumsverlangsamung in Russland waren die Entwicklung des Weltmarktpreises für Rohöl und die reale Aufwertung des Rubels ausschlaggebend. In Polen war der schrittweise Verfall des Wachstums überwiegend hausgemacht. In dieser Ländergruppe wurden die Bruttoinvestitionen, sieht man von Bulgarien und Russland ab, kaum ausgeweitet oder eingeschränkt.

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) erstellt. Der Autor (poeschl@wsr.ac.at) dankt Boriana Assenova und Hana Ruskova für die Erstellung der statistischen Übersichten und Abbildungen sowie Peter Havlik und Kazimierz Laski für Kommentare und Anregungen.

Übersicht 1: Prognose für 2002 und 2003

	Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>				Verbraucherpreise <sup>2)</sup>				Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>				Leistungsbilanz			
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				In %				In % des BIP			
MOEL 7 <sup>4)</sup>	+3,5	+3,0	+2,0	+3,3	.	.	.	.	13,1	13,6	.	.	- 5,1	- 4,2	- 4,6	-4,4
MOEL 5 <sup>4)</sup>	+3,8	+2,4	+1,6	+3,0	.	.	.	.	13,3	14,6	.	.	- 5,3	- 3,9	- 4,4	-4,2
Tschechien	+2,9	+3,6	+3	+4	+ 3,9	+ 4,7	+ 3,9	+ 3,5	8,8	8,9	9,5	9	- 5,6	- 4,7	- 4,2	-3,7
Ungarn	+5,2	+3,8	+3,4	+4	+ 9,8	+ 9,2	+ 5,7	+ 4,5	8,7	8,0	8	8	- 2,9	- 2,1	- 4,2	-4,3
Polen	+4,0	+1,1	+0	+2	+10,1	+ 5,5	+ 4	+ 4	15,1	17,4	19	18	- 6,3	- 4,1	- 4,5	-4,8
Slowakei	+2,2	+3,3	+3	+4	+12,0	+ 7,3	+ 4	+ 7	17,9	18,6	17	16	- 3,7	- 8,8	- 7,3	-4,9
Slowenien	+4,6	+3	+3	+4	+ 8,9	+ 8,4	+ 6	+ 5	12,0	11,8	11	10	- 3,4	- 0,4	- 1,0	-0,9
Bulgarien	+5,8	+4	+4	+4	+10,3	+ 7,4	+ 4	+ 3	17,9	17,3	17	16	- 5,9	- 6,5	- 5,4	-5,1
Rumänien	+1,8	+5,3	+3	+4	+45,7	+34,5	+28	+20	10,5	8,6	9	8	- 3,7	- 5,9	- 5,9	-5,8
Kroatien	+3,7	+4,1	+3	+4	+ 6,2	+ 4,9	+ 4	+ 3	22,3	23,1	22,5	21	- 2,3	- 3,1	- 3,8	-4,0
Mazedonien	+4,6	-4,6	+0	+2	+10,6	+ 5,2	+ 5	+ 6	32,2	30,5	32	32	- 3,0	- 5,9	- 7,4	-6,8
Bundesrepublik Jugoslawien <sup>5)</sup>	+6,4	+6,2	+4	+4	+85,6	+89,2	+30	+20	26,7	27,9	30	30	-13,0	-10,7	.	.
Russland	+9,0	+5,0	+3	+4	+20,8	+21,6	+20	+15	9,9	9,0	9	9	17,9	11,3	7,5	5,4
Ukraine	+5,9	+9,1	+4	+5	+28,2	+12,0	+15	+15	4,2	3,7	4	4	4,7	3,7	0,0	.

Q: WIIW. 2001: vorläufige Zahlen, 2002 und 2003: Prognose. – 1) Bundesrepublik Jugoslawien: Bruttomaterialprodukt. – 2) Kroatien, Mazedonien: Einzelhandelspreise. – 3) Jahresendstand; Russland, Mazedonien: gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt. – 4) Schätzung des WIIW. – 5) Ohne Kosovo und Metohia.

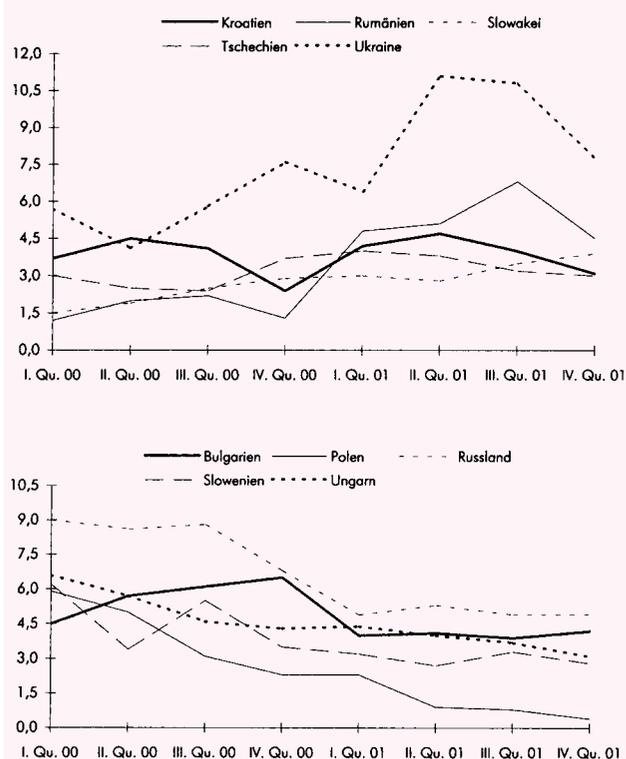
Der Index der *Industrieproduktion* spiegelt ebenfalls wider, dass die Region weitgehend dem internationalen Konjunkturmuster folgte (Übersicht 3). Die monatlichen Vorjahresraten verringerten sich in fast allen Ländern im Laufe des Jahres 2001 (Abbildung 2), in Bulgarien, Polen, Slowenien, Ungarn und der Ukraine wurden sie teils sogar negativ. Ende 2001 oder Anfang 2002 war der Vorjahresabstand jeweils am geringsten, im Februar 2002 zeigt sich in jenen Ländern, für welche bereits Informationen verfügbar sind, eine leichte Verbesserung. Wenngleich diese Daten nicht saisonbereinigt sind,

könnten sie signalisieren, dass die Talsohle der Konjunktur durchschritten ist.

Unmittelbar gedämpft wurden durch den weltweiten Konjunkturreinbruch Ende 2001 die *Exporte* der MOEL. Dank der sehr hohen Zuwächse zu Jahresbeginn ergab sich insgesamt für das Jahr 2001 in den meisten Ländern eine relativ hohe Exportsteigerung. In den letzten Monaten 2001 und den ersten Monaten 2002 verlangsamte sich das Wachstum jedoch stark, kam zum Stillstand oder wurde sogar von einer Reduktion abgelöst.

*In allen Ländern der Region wuchsen die Exporte gegen Ende 2001 und in den ersten Monaten 2002 viel schwächer als ein Jahr zuvor. Ähnlich gedämpft entwickelte sich die Industrieproduktion.*

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Datenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Übersicht 4 basiert auf Exportdaten zu laufenden Preisen, die mit laufenden Wechselkursen in Euro umgerechnet wurden. Demnach verzeichnete Tschechien als einziges ostmitteleuropäisches Land zwar eine Wachs-

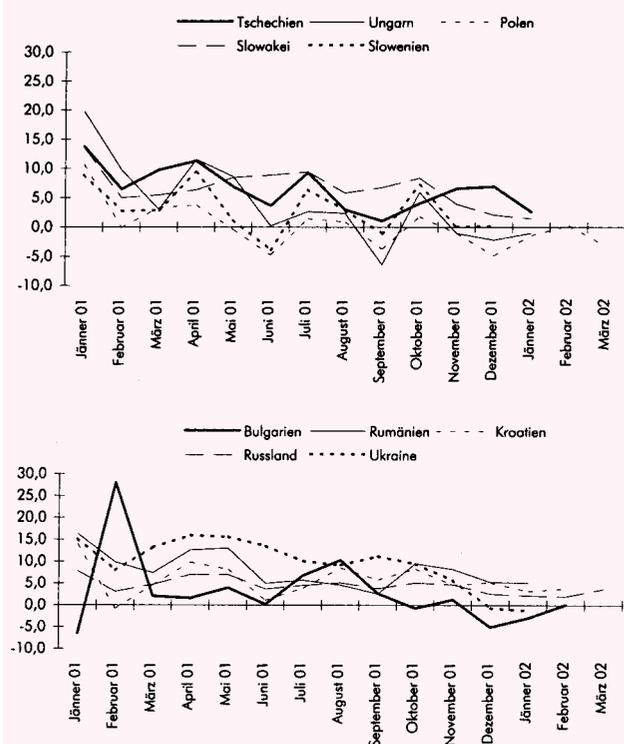
Übersicht 2: Bruttoanlageinvestitionen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Tschechien	+ 0,1	- 0,6	+ 4,2	+ 7,0	+ 5	+ 5
Ungarn	+13,3	+ 5,9	+ 7,7	+ 3,1	+ 5	+ 6
Polen	+14,2	+ 6,8	+ 2,7	-10,2	- 5	- 4
Slowakei	+11,1	-18,8	- 0,7	+11,6	+12	+10
Slowenien	+11,3	+19,1	+ 0,2	- 1,9	+ 3	+ 4
Bulgarien	+32,9	+25,3	+ 8,2	+19,9	.	.
Rumänien	- 5,7	- 4,8	+ 4,6	+ 6,6	+ 2	+ 5
Kroatien	+ 2,5	- 1,1	- 3,5	+ 9,7	+ 5	+ 6
Mazedonien	- 2,6	- 1,4	.	.	.	.
Bundesrepublik Jugoslawien	- 2,2	-29,7	.	.	.	.
Russland	-12,0	+ 5,3	+17,7	+ 8,7	+ 6	+ 8
Ukraine	+ 6,1	+ 0,4	+14,4	+17,2	+15	+15

Q: Nationale Statistiken; 2001: vorläufige Zahlen, 2002 und 2003: Prognose des WIIW. – Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung; Jugoslawien, Russland und Ukraine aufgrund der Investitionsstatistik.

Abbildung 2: Industrieproduktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Datenbank basierend auf nationalen Statistiken.

tumsverlangsamung, aber keinen Exporteinbruch. Auf Euro-Basis erlitt auch Russland im IV. Quartal 2001 erhebliche Erlöseinbußen; Russland exportiert überwiegend Energieträger, die in Dollar fakturiert werden. Hingegen fließen die meisten Exporte der MOEL in die Euro-Zone und werden auch in Euro fakturiert.

Das Versiegen der Exportnachfrage gegen Ende 2001 hatte nicht in allen Fällen eine Verschlechterung der

Übersicht 3: Bruttoindustrieproduktion

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2001 1989 = 100
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
MOEL 7 <sup>1)</sup>	- 0,4	+ 0,5	+ 8,1	+ 4,2	+3,0	+4,5	93,6
MOEL 5 <sup>1)</sup>	+ 4,4	+ 2,0	+ 8,2	+ 3,1	+2,6	+4,8	114,5
Tschechien	+ 1,6	- 3,1	+ 5,4	+ 6,8	+5	+7	87,2
Ungarn	+12,5	+10,4	+18,6	+ 4,1	+4	+9	142,0
Polen <sup>2)</sup>	+ 3,5	+ 3,6	+ 6,7	+ 0,0	+0	+2	129,6
Slowakei	+ 5,0	- 2,7	+ 8,6	+ 6,9	+6	+6	95,5
Slowenien	+ 3,7	- 0,5	+ 6,2	+ 2,9	+3	+4	82,6
Bulgarien	- 7,9	- 9,3	+ 5,8	+ 0,7	+4	+4	50,0
Rumänien	-13,8	- 2,2	+ 8,2	+ 8,2	+4	+4	54,4
Kroatien	+ 3,7	- 1,4	+ 1,7	+ 6,0	+4	+4	60,3
Mazedonien	+ 4,5	- 2,6	+ 3,5	- 8,8	-5	+0	43,2
Bundesrepublik Jugoslawien <sup>3)</sup>	+ 3,6	-23,1	+11,2	+ 0,0	+3	+5	38,6
Russland	- 5,2	+11,0	+11,9	+ 4,9	+4	+5	59,9
Ukraine	- 1,0	+ 4,0	+12,4	+14,2	+8	+7	65,4

Q: Nationale Statistiken; 2001: vorläufige Zahlen, 2002 und 2003: Prognose des WIIW. –  
<sup>1)</sup> Schätzung des WIIW. – <sup>2)</sup> Umsätze. – <sup>3)</sup> Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia.

Handelsbilanz gegenüber 2000 zur Folge: Das Importwachstum verringerte sich ebenfalls, insbesondere in jenen Ländern, deren BIP 2001 schwächer expandierte als im Jahr zuvor. In Polen, Slowenien und Ungarn verbesserte sich auf diese Weise die Handelsbilanz, und der Grad der Deckung der Importe durch Exporte stieg (Übersicht 5). In Bulgarien und Russland verschlechterte sich hingegen die Handelsbilanz trotz verringerten Wirtschaftswachstums. In jenen Ländern, deren BIP 2001 stärker als zuvor wuchs, verschlechterte sich die Handelsbilanz. Dies traf auf Kroatien, Rumänien, die Slowakei und die Ukraine zu. In Tschechien vergrößerte sich das Handelsbilanzdefizit etwas, der Grad der Deckung der Importe durch Exporte jedoch erhöhte sich.

In den ostmitteleuropäischen Ländern lag der Anteil der EU an den Exporten 2001 bereits bei 60% und darüber, stieg aber 2001 nur noch geringfügig (Slowakei, Tsche-

Übersicht 4: Entwicklung des Außenhandels

	2001				2002						
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	Oktober	November	Dezember	I. Quartal	Jänner	Februar	März
	Exporte zu laufenden Preisen in €, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Tschechien	+27,8	+21,1	+15,1	+10,9	+16,3	+ 9,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 7,4	+10,1	+5,1
Ungarn	+24,1	+19,3	+ 7,9	+ 0,1	+ 8,2	+ 5,3	-13,8	+ 5,0	+ 3,5	+ 6,5	.
Polen	+29,1	+23,3	+14,3	+ 5,3	+15,0	+ 3,8	- 3,9	+ 1,1	+ 4,5	- 2,2	.
Slowakei	+17,9	+13,6	+ 9,2	- 0,5	+ 2,4	- 1,5	- 2,9	- 1,5	- 3,8	+ 0,7	.
Slowenien	+17,9	+10,3	+ 8,8	+ 0,3	+ 6,4	- 0,5	- 5,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,1	.
Bulgarien	+23,1	+12,6	+ 7,2	- 4,4	+ 0,9	- 6,6	- 7,7	.	- 1,1	.	.
Rumänien	+27,6	+20,8	+11,6	- 4,2	- 3,5	- 5,0	- 3,9	+ 8,4	+ 6,9	+ 9,9	.
Kroatien	+ 9,0	+11,3	+ 4,6	+ 7,5	+22,4	-18,8	+24,2	- 3,6	+ 4,7	-11,9	.
Russland	+11,6	+14,8	- 1,5	-18,2	-14,0	-20,5	-19,8	-12,7	-13,9	-11,5	.
	Importe zu laufenden Preisen in €, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Tschechien	+29,6	+20,1	+12,9	+ 7,2	+10,2	+ 4,9	+ 6,6	+ 2,6	+ 5,9	+ 0,1	+2,0
Ungarn	+22,8	+18,1	+ 2,1	- 4,8	+ 1,6	- 3,0	-13,2	+ 3,5	+ 0,3	+ 6,8	.
Polen	+12,2	+ 8,6	+ 5,0	- 1,3	+ 3,0	- 0,3	- 6,8	- 0,2	- 4,4	+ 4,0	.
Slowakei	+25,8	+26,8	+20,2	+ 7,1	+ 7,9	+ 6,1	+ 7,5	+ 0,8	- 1,4	+ 3,0	.
Slowenien	+ 7,8	+ 7,4	+ 0,7	- 2,3	- 0,4	- 3,9	- 2,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	.
Bulgarien	+13,7	+28,2	+17,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 6,4	- 2,8	.	+ 2,9	.	.
Rumänien	+45,9	+32,2	+11,7	+ 7,6	+13,5	+ 0,3	+ 9,9	+ 3,9	+ 7,0	+ 0,9	.
Kroatien	+28,0	+35,3	+13,1	+ 0,4	+12,9	+ 0,7	-12,0	+17,7	+19,0	+16,4	.
Russland	+18,6	+40,6	+20,1	+12,9	+10,8	+12,3	+15,2	+17,9	+14,0	+21,7	.

Q: WIIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. Quartalsdaten errechnet als Durchschnitte der Monatsangaben.

Übersicht 5: Export und Import

Laut Zollstatistik

		1999	2000	2001	2000		2001	
		Mio. €			Auf Euro-Basis		Auf Dollarbasis	
					Veränderung gegen das Vorjahr in %			
MOEL 7	Exporte	103.190	135.267	154.542	+31,1	+14,2	+13,4	+11,0
	Importe	130.972	168.922	187.879	+29,0	+11,2	+11,6	+ 8,0
	Exporte in % der Importe	78,8	80,1	82,3				
MOEL 5	Exporte	91.500	118.795	136.124	+29,8	+14,6	+12,3	+11,3
	Importe	115.936	147.709	162.412	+27,4	+10,0	+10,3	+ 6,8
	Exporte in % der Importe	78,9	80,4	83,8				
Tschechien	Exporte	24.641	31.483	37.219	+27,8	+18,2	+10,6	+14,8
	Importe	26.387	34.876	40.710	+32,2	+16,7	+14,4	+13,3
	Exporte in % der Importe	93,4	90,3	91,4				
Ungarn <sup>1)</sup>	Exporte	23.491	30.545	34.082	+30,0	+11,6	+12,4	+ 8,4
	Importe	26.288	34.856	37.654	+32,6	+ 8,0	+14,7	+ 4,9
	Exporte in % der Importe	89,4	87,6	90,5				
Polen	Exporte	25.729	34.383	40.375	+33,6	+17,4	+15,5	+14,0
	Importe	43.151	53.122	56.223	+23,1	+ 5,8	+ 6,6	+ 2,7
	Exporte in % der Importe	59,6	64,7	71,8				
Slowakei <sup>2)</sup>	Exporte	9.602	12.880	14.101	+34,1	+ 9,5	+16,1	+ 6,4
	Importe	10.628	13.860	16.484	+30,4	+18,9	+12,9	+15,6
	Exporte in % der Importe	90,4	92,9	85,5				
Slowenien	Exporte	8.037	9.505	10.348	+18,3	+ 8,9	+ 2,2	+ 6,0
	Importe	9.482	10.996	11.342	+16,0	+ 3,1	+ 0,3	+ 0,3
	Exporte in % der Importe	84,8	86,4	91,2				
Bulgarien <sup>3)</sup>	Exporte	3.734	5.253	5.707	+40,7	+ 8,6	+21,7	+ 5,5
	Importe	5.140	7.085	8.104	+37,8	+14,4	+19,3	+11,0
	Exporte in % der Importe	72,6	74,1	70,4				
Rumänien	Exporte	7.956	11.219	12.711	+41,0	+13,3	+22,1	+ 9,8
	Importe	9.896	14.128	17.363	+42,8	+22,9	+23,7	+19,1
	Exporte in % der Importe	80,4	79,4	73,2				
Kroatien <sup>4)</sup>	Exporte	4.027	4.818	5.203	+18,9	+ 8,0	+ 3,0	+ 5,1
	Importe	7.324	8.588	10.118	+16,8	+17,8	+ 1,1	+14,7
	Exporte in % der Importe	55,0	56,1	51,4				
Mazedonien	Exporte	1.117	1.427	1.290	+27,8	- 9,7	+10,7	-10,2
	Importe	1.665	2.256	1.884	+35,5	-16,5	+17,4	-18,6
	Exporte in % der Importe	67,1	63,3	68,4				
Bundesrepublik Jugoslawien <sup>5)</sup>	Exporte	1.391	1.808	2.095	+30,0	+15,9	+15,0	+10,5
	Importe	3.081	3.892	5.385	+26,3	+38,4	+12,6	+30,4
	Exporte in % der Importe	45,2	46,5	38,9				
Russland <sup>6)</sup>	Exporte	70.960	114.177	115.041	+60,9	+ 0,8	+39,4	- 2,3
	Importe	37.027	48.593	59.607	+31,2	+22,7	+13,7	+18,9
	Exporte in % der Importe	191,6	235,0	193,0				
Ukraine	Exporte	10.856	15.771	18.159	+45,3	+15,1	+25,8	+11,6
	Importe	11.104	15.104	17.612	+36,0	+16,6	+17,8	+13,0
	Exporte in % der Importe	97,8	104,4	103,1				

Q: Nationale Statistiken; 2001: vorläufige Zahlen. – <sup>1)</sup> Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. – <sup>2)</sup> Ab 1998 neue Erhebungsmethode. – <sup>3)</sup> Ab 1999 neue Erhebungsmethode. – <sup>4)</sup> Ab 2000 neue Erhebungsmethode. – <sup>5)</sup> Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia. – <sup>6)</sup> Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

chien) oder war rückläufig (Polen, Slowenien, Ungarn). Der EU-Anteil an den Importen stagnierte (Übersicht 6).

Im IV. Quartal 2001 war somit in allen Ländern der Region eine Verlangsamung des Exportwachstums festzustellen, die von einer Abschwächung der Entwicklung der Industrieproduktion sowie meist auch des Bruttoinlandsproduktes begleitet war. Sowohl für die Exporte wie auch für die Industrieproduktion deuten die neuesten Daten (Februar 2002) darauf hin, dass sich der negative Trend nicht weiter fortsetzte. Im I. Quartal 2002 dürfte daher die Wachstumsrate in den einzelnen Ländern ähnlich wie im IV. Quartal 2001 und somit relativ niedrig ausgefallen sein.

### 2002 UND 2003: ALLMÄHLICHE KONJUNKTURBELEBUNG, INFLATIONS-DÄMPFUNG, ARBEITSLOSENQUOTE KAUM VERÄNDERT

Die Wirtschaft der MOEL dürfte die Flaute im Gleichklang mit den meisten westlichen Industrieländern über-

winden. Die Veränderungsrate des BIP dürften sich 2002 von Quartal zu Quartal verbessern, und diese Tendenz sollte sich bis ins Jahr 2003 hinein fortsetzen (Übersicht 1). Aufgrund der nur *schrittweisen Belebung der Konjunktur* dürfte das Wachstum im Jahr 2002 niedriger sein als 2000/01; Slowenien bildet hier mit einer

*Im Gleichklang mit internationalen Entwicklungstendenzen dürften auch in den MOEL die Wachstumsraten des realen BIP wieder steigen. Die Inflation wird sich gleichzeitig weiter verringern.*

Beschleunigung eine Ausnahme. 2003 sollte die Wachstumsrate in den einzelnen Ländern höher ausfallen als 2002. Die Prognose für 2003 ist jedoch mit großer Unsicherheit behaftet, da sie von einer Konjunkturbelebung in den westlichen Industrieländern, insbesondere in der EU und speziell in Deutschland ausgeht, de-

## Übersicht 6: Außenhandel der MOEL mit der EU 15

## Laut Zollstatistik

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Exportanteil der EU 15 in %					
Tschechien	58,6	59,8	64,0	69,2	68,6	68,9
Ungarn <sup>1)</sup>	62,7	71,2	73,0	76,2	75,1	74,3
Polen	66,2	64,0	68,3	70,5	69,9	69,2
Slowakei <sup>2)</sup>	41,3	41,7	55,7	59,4	59,0	59,9
Slowenien	64,5	63,5	65,5	66,0	63,8	62,2
Bulgarien <sup>3)</sup>	39,1	43,2	49,6	52,0	51,1	54,7
Rumänien	56,5	56,5	64,5	65,5	63,8	67,8
Kroatien <sup>4)</sup>	51,0	49,7	47,6	48,7	54,4	54,7
Mazedonien	42,7	37,4	44,1	45,3	42,6	48,7
Bundesrepublik Jugoslawien <sup>5)</sup>	34,6	39,8	38,3	36,3	38,7	42,8
Russland <sup>6)</sup>	32,1	32,9	32,5	34,1	35,8	.
Ukraine	11,1	12,3	16,8	18,3	17,8	18,3
	Importanteil der EU 15 in %					
Tschechien	62,4	61,8	63,5	64,2	62,0	61,8
Ungarn <sup>1)</sup>	59,8	62,8	64,1	64,4	58,4	57,8
Polen	63,9	63,8	65,6	64,9	61,2	61,4
Slowakei <sup>2)</sup>	37,3	39,4	50,1	51,7	48,9	49,8
Slowenien	67,5	67,4	69,4	68,9	67,8	67,6
Bulgarien <sup>3)</sup>	35,1	37,7	44,9	48,4	44,0	49,3
Rumänien	52,3	52,5	57,7	60,7	56,6	57,3
Kroatien <sup>4)</sup>	59,4	59,5	59,4	56,5	55,4	56,0
Mazedonien	38,7	37,0	36,3	40,7	38,1	42,5
Bundesrepublik Jugoslawien <sup>5)</sup>	42,0	41,4	43,1	41,4	41,4	41,1
Russland <sup>6)</sup>	34,5	36,9	36,1	36,9	32,9	.
Ukraine	15,7	19,7	21,6	20,2	20,6	21,7

Q: Nationale Statistiken; 2001: vorläufige Zahlen. – <sup>1)</sup> Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. – <sup>2)</sup> Ab 1998 neue Erhebungsmethode. – <sup>3)</sup> Ab 1999 neue Erhebungsmethode. – <sup>4)</sup> Ab 2000 neue Erhebungsmethode. – <sup>5)</sup> Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia. – <sup>6)</sup> Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

ren Eintreten inzwischen als höchst wahrscheinlich gilt, deren Intensität aber ein Unsicherheitsfaktor ist. Wahrscheinlich wird die Wirtschaft – mit Ausnahme Polens – 2003 in den EU-Kandidatenländern im Durchschnitt um 1 bis 2 Prozentpunkte *kräftiger expandieren als in der EU*.

Die *Inflationsrate* wird, wenn nicht unvorhersehbare Entwicklungen wie etwa ein Erdölpreisschock auftreten, 2002 in allen Ländern der Region etwas geringer sein als 2001 (Übersicht 1) und meist nahe der 5%-Marke

liegen. Nur in jenen Ländern, die noch unter den akuten Folgen einer vergangenen Krise leiden – Rumänien, Jugoslawien, Russland und Ukraine – wird die Inflationsrate zweistellig bleiben. 2003 sollte sie ungeachtet des Konjunkturaufschwungs erneut sinken.

Die *Arbeitslosenquote* wird sich 2002 und 2003 nicht erheblich verändern (Übersicht 8), sie bleibt in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Teils ist die Quote bereits einstellig: In Tschechien und Ungarn ist dies ein Zeichen wirtschaftlichen Erfolges, in Rumänien, Russland und der Ukraine hingegen primär Ausdruck wenig fortgeschrittener Restrukturierung. In den meisten Ländern ist die Arbeitslosenquote regional sehr unterschiedlich – in der Slowakei etwa weist sie ein drastisches Ost-Westgefälle auf.

### EIN RELATIV NEUES PHÄNOMEN: TENDENZEN ZU NOMINELLER AUFWERTUNG

Jene Länder, die einen regen Zustrom ausländischer Direktinvestitionen verzeichnen, stehen seit einiger Zeit vor dem Phänomen, dass ihre Währung zu *nomineller Aufwertung* tendiert (Euro je Landeswährung; Abbildung 3). In Tschechien setzte dieser Trend bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1999 ein. Die tschechische Krone war im Februar 2002 gegenüber dem Euro im Monatsdurchschnitt um 19% teurer als im Februar 1999 oder 1998 und damit auch teurer als in den Monaten vor der Währungskrise (Mai 1997). In Polen erfolgte der Umschwung vom Abwertungs- zum Aufwertungs-trend im 2. Halbjahr 1999, der polnische Zloty war im Februar 2002 gegenüber dem Euro um 17% teurer als drei Jahre zuvor. In der Slowakei und in Ungarn trat der Aufwertungs-trend erst im 1. Halbjahr 2001 auf und ist noch nicht sehr ausgeprägt. Die slowenische Währung zeigt bisher keinerlei Aufwertungs-tendenz, sie befindet sich weiterhin auf einem Pfad nahezu ständiger Abwertung.

## Übersicht 7: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslandsverschuldung <sup>1)</sup>		Währungsreserven der Nationalbank (ohne Gold) <sup>2)</sup>		Leistungsbilanz		
	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2002
	Mrd. \$, Jahresendstand						
Tschechien	21,4	21,7	13,1	14,5	- 2,8	- 2,7	- 2,7
Ungarn	30,7	33,4	11,2	10,8	- 1,3	- 1,1	- 2,5
Polen	69,6	70,2	27,5	26,6	-10,0	- 7,2	- 7,7
Slowakei	10,8	11,3	4,1	4,2	- 0,7	- 1,8	- 1,5
Slowenien	6,2	6,7	3,2	4,3	- 0,6	- 0,1	- 0,2
Bulgarien	10,4	9,9	3,2	3,3	- 0,7	- 0,9	- 0,8
Rumänien	10,2	11,4	2,5	3,9	- 1,4	- 2,3	- 2,5
Kroatien	11,0	11,2	3,5	4,7	- 0,4	- 0,6	- 0,8
Mazedonien	1,4	1,4	0,4	0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,3
Bundesrepublik Jugoslawien <sup>3)</sup>	11,5	11,2	0,5	1,2	- 1,3	- 1,2	- 1,5
Russland	144,5	140,0	28,0	36,6	46,4	35,1	25,0
Ukraine	10,4	11,5	1,5	3,1	1,5	1,4	0,0

Q: Nationale Statistiken; 2001: vorläufige Zahlen, 2002 und 2003: Prognose des WIW. – <sup>1)</sup> Bulgarien und Tschechien: in konvertiblen Währungen; Rumänien, Mazedonien: mittel- und langfristige Verschuldung. – <sup>2)</sup> Währungsreserven, SZR und Reserveposition gegenüber dem IWF; Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei, Bundesrepublik Jugoslawien, Russland und Ukraine: einschließlich Gold; Ungarn: Gesamtreserven. – <sup>3)</sup> Ohne Kosovo und Metohia.

Übersicht 8: Vorgemerkte Arbeitslose

Jahresendstand

	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	In 1.000				Arbeitslosenquote in % <sup>1)</sup>					
MOEL 7 <sup>2)</sup>	4.667,5	5.632,3	5.833,4	6.047,0	10,5	12,7	13,1	13,6	.	.
MOEL 5 <sup>2)</sup>	3.177,2	3.891,5	4.143,5	4.557,8	10,4	12,5	13,3	14,6	.	.
Tschechien	386,9	487,6	457,4	461,9	7,5	9,4	8,8	8,9	9,5	9
Ungarn	404,1	404,5	372,4	342,8	9,6	9,6	8,7	8,0	8	8
Polen	1.831,4	2.349,8	2.702,6	3.115,1	10,4	13,1	15,1	17,4	19	18
Slowakei	428,2	535,2	506,5	533,7	15,6	19,2	17,9	18,6	17	16
Slowenien	126,6	114,3	104,6	104,3	14,6	13,0	12,0	11,8	11	10
Bulgarien	465,2	610,6	682,8	662,3	12,2	16,0	17,9	17,3	17	16
Rumänien	1.025,1	1.130,3	1.007,1	826,9	10,4	11,8	10,5	8,6	9	8
Kroatien	302,7	341,7	378,5	395,1	18,1	20,4	22,3	23,1	22,5	21
Mazedonien <sup>3)</sup>	284,1	261,5	261,7	263,2	34,5	32,4	32,2	30,5	32	32
Bundesrepublik Jugoslawien <sup>4)</sup>	849,4	774,0	812,4	860,5	25,4	25,5	26,7	27,9	30	30
Russland <sup>3)</sup>	9.728	8.904	7.039	6.354	13,3	12,2	9,9	9,0	9	9
Ukraine	1.003,2	1.174,5	1.155,2	1.008,1	3,7	4,3	4,2	3,7	4	4

Q: Nationale Statistiken; 2001: vorläufige Zahlen, 2002 und 2003: Prognose des WIIW. – <sup>1)</sup> Arbeitslose in % der Erwerbspersonen. – <sup>2)</sup> Schätzung des WIIW. – <sup>3)</sup> Arbeitslosenquote gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus). – <sup>4)</sup> Ab 1999 ohne Kosovo und Metohia.

Zu den Voraussetzungen für die Einführung des Euro in den künftigen EU-Mitgliedsländern zählt ein über zwei Jahre hindurch relativ stabiler Wechselkurs. Dieser

*Die Tendenz zur nominellen Aufwertung, die in einigen der Länder zu beobachten ist, wirft die Frage auf, wie der reale Sektor vor zu starken Wechselkursänderungen geschützt werden kann.*

könnte nicht, wie lange Zeit vermutet, durch nominelle Abwertungsschübe gefährdet sein, sondern durch kräftige Aufwertung oder eventuell auch durch eine Aufwertung, die ausufert und so als „Korrektiv“ eine abrupte Gegenbewegung in die Gegenrichtung auslöst. Der Trend zu nomineller Aufwertung dürfte, wie eingangs angedeutet, mit erheblichen Zuflüssen an ausländischen Direktinvestitionen zusammenhängen. Slowenien hielt diese Zuflüsse bisher in Grenzen und vermied damit sowohl einen Aufwertungsdruck als auch ein größeres Defizit in der Leistungsbilanz. In den anderen Ländern ist die Leistungsbilanz stark negativ (Übersichten 1 und 7): Das Defizit der MOEL 5 machte im Jahr 2000 5,3% des BIP aus, im Jahre 2001 3,9%. Die mögliche negative Wechselkurswirkung dieser Defizite wurde in den vier Aufwertungsländern durch Nettokapitalzuflüsse überkompensiert, wie dies in einem Regime des liberalisierten Kapitalverkehrs möglich ist.

Die Währungspolitik spielt in den einzelnen Ländern eine sehr unterschiedliche Rolle. Polen stimuliert durch hohe nominelle Zinssätze (Abbildung 4) – reale Zinssätze haben im kurzfristigen Kapitalverkehr wenig Gewicht – den Zufluss von Portfolioinvestitionen und erhöht gleichzeitig im Inland die Attraktivität von Fremdwährungskrediten gegenüber Krediten in Landeswährung. Die tschechische Nationalbank hingegen versucht, den Zufluss von Portfolioinvestitionen und Fremdwährungs-

krediten durch niedrige Zinssätze<sup>1)</sup> gering zu halten, und hat überdies mit der Regierung ein Übereinkommen getroffen, um zu verhindern, dass künftige Verkäufe von Unternehmensanteilen ins Ausland Aufwertungsschübe auslösen. Die Wirksamkeit dieses Vorhabens muss sich erst erweisen. Das Problem für die Währungspolitik besteht darin, dass die Aufwertungserwartung, hat sie sich einmal etabliert, eine Währung auch dann noch attraktiv erscheinen lässt, wenn die Zinssätze niedrig gehalten werden.

Der Trend zur nominellen Aufwertung wird in den vier Ländern von Inflationsraten über dem EU-Durchschnitt begleitet. Beide Faktoren wirken in Richtung einer realen Aufwertung; die Gefahr besteht, dass sich der Abstand gegenüber dem EU-Preisniveau rascher verringert, als es die Unternehmen verkraften können. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wird auf die Probe gestellt: Ist sie zu schwach, so schlägt sich dies in geringer Exportaktivität bei gleichzeitig hoher Importintensität nieder. Für die Unternehmen, die handelbare Güter produzieren und aufgrund der Liberalisierung der Gütermärkte der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind, entsteht durch die nominelle Aufwertung ein Druck, ihre Produktpreise in heimischer Währung zu senken, sodass sie in Euro konstant bleiben (es sei denn, die Unternehmen können ihre Produkte etwa dank verbesserter Qualität oder Reputation auch zu höheren Preisen abzusetzen).

Ob die Unternehmen ihre Preise in heimischer Währung herabsetzen können, ohne größeren Schaden zu nehmen, hängt davon ab, wie sich ihre Stückkosten entwickeln. Importierte Vorleistungsgüter werden durch die Aufwertung in heimischer Währung billiger, und die Entwicklung der Lohnstückkosten wird von jener der Nominallöhne und der Arbeitsproduktivität bestimmt (Abbildung 5).

<sup>1)</sup> Ende April senkte die tschechische Nationalbank den Diskontsatz auf 2,75%.

Abbildung 3: Wechselkurse

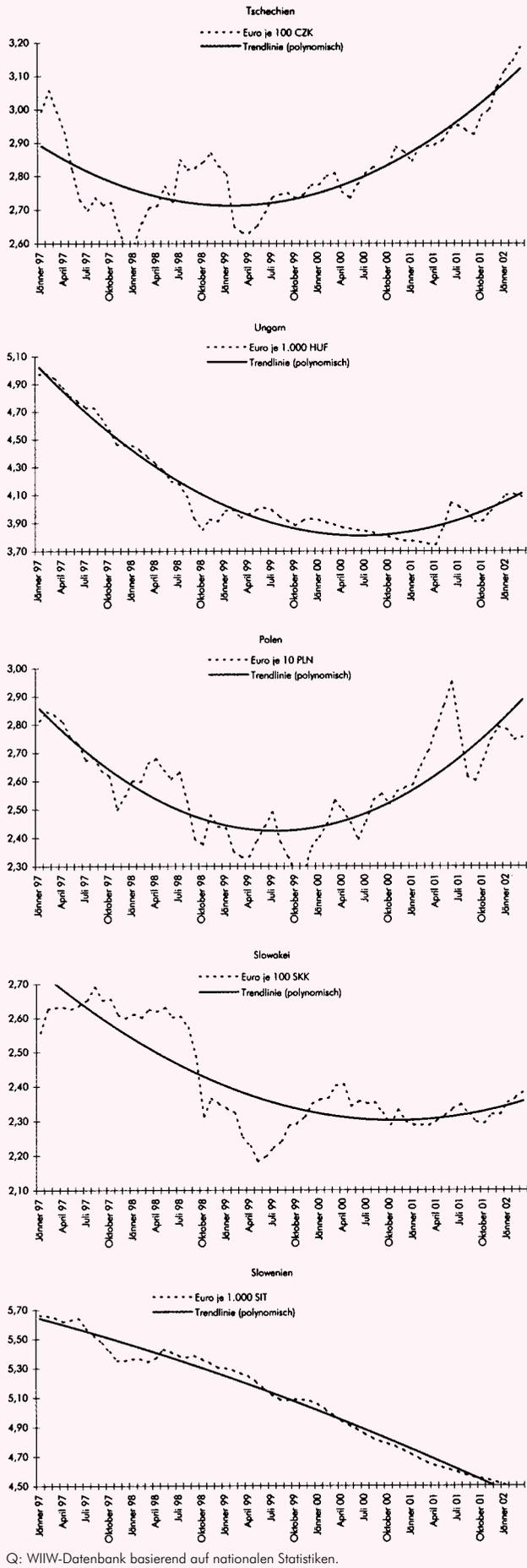
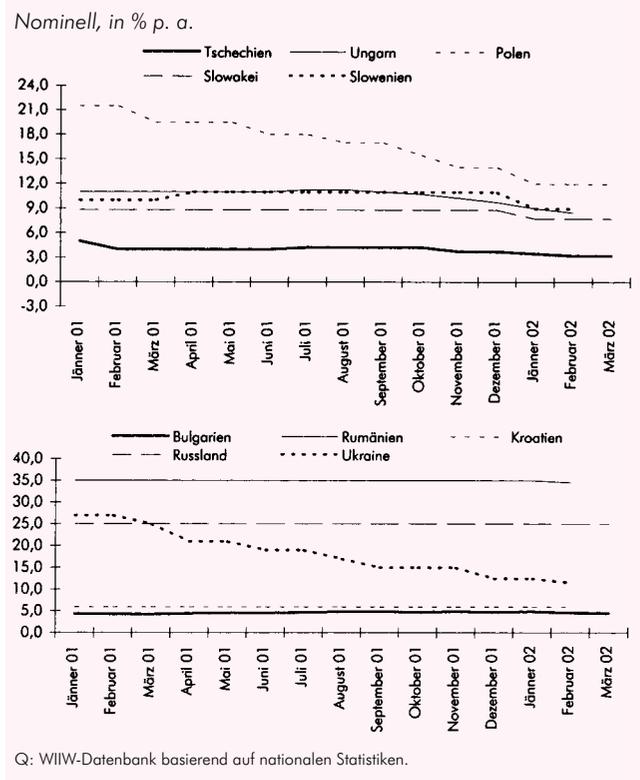


Abbildung 4: Leitzinssätze der Nationalbanken



Die Daten zur *Arbeitsproduktivität* beruhen auf Durchschnittsn; die Unterschiede zwischen einzelnen Unternehmen, selbst im selben Industriezweig, sind viel größer als in entwickelten Marktwirtschaften. In Produktionsstätten, die von ausländischen Unternehmen betrieben werden, ist die Arbeitsproduktivität in der Regel hoch und steht meist in scharfem Kontrast zu Unternehmen derselben Branche, die sich in einheimischem Besitz befinden – speziell wenn sie nicht restrukturiert sind. Viele Betriebe in Auslandsbesitz erreichen eine Arbeitsproduktivität, die ebenso hoch ist wie in Westeuropa oder sogar höher (z. B. Elektronikbereich in Ungarn, Autoindustrie in Tschechien). Die Lohnstückkosten dieser Unternehmen können sich dank einer überdurchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität günstiger entwickeln als im Branchen- oder Sektordurchschnitt, so dass eine nominelle Aufwertung geringere Probleme verursacht.

Die Arbeitskosten je Outputeinheit waren in Landeswährung im Jahr 2000 in allen vier Aufwertungsländern rückläufig (Abbildung 6). 2001 stiegen sie hingegen in Polen und Ungarn um etwa 10%. Dieser Wandel ist auf den Konjunkturunbruch zurückzuführen, der die Verbesserung der Arbeitsproduktivität 2001 erheblich bremste. Die Aufwertung belastete 2001 und sicher auch in den ersten Monaten des Jahres 2002 die Produzenten handelbarer Güter mehr als im Jahr 2000.

Die Tendenz zu nomineller Aufwertung ist, sofern sie die Wettbewerbsfähigkeit des exponierten Sektors nicht überfordert und somit keine Verschlechterung der Han-

Abbildung 5: Arbeitsproduktivität in der Industrie  
Veränderung gegen das Vorjahr in %

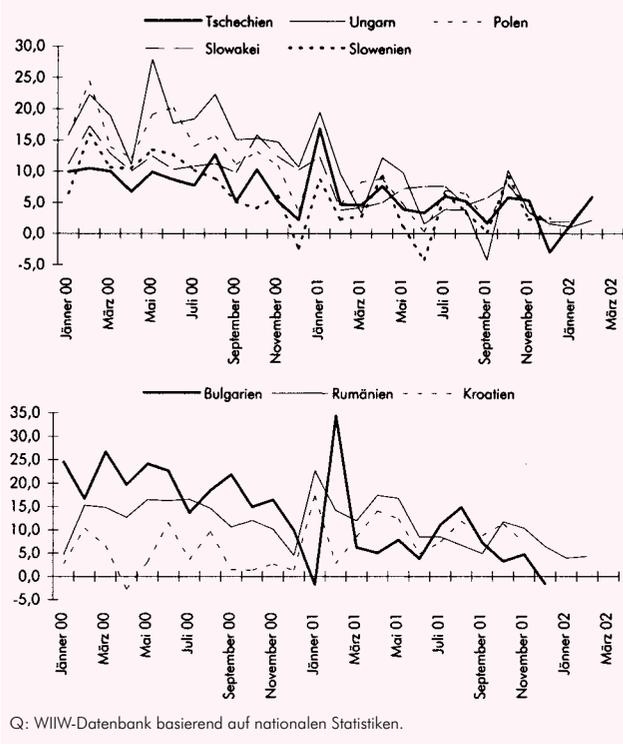
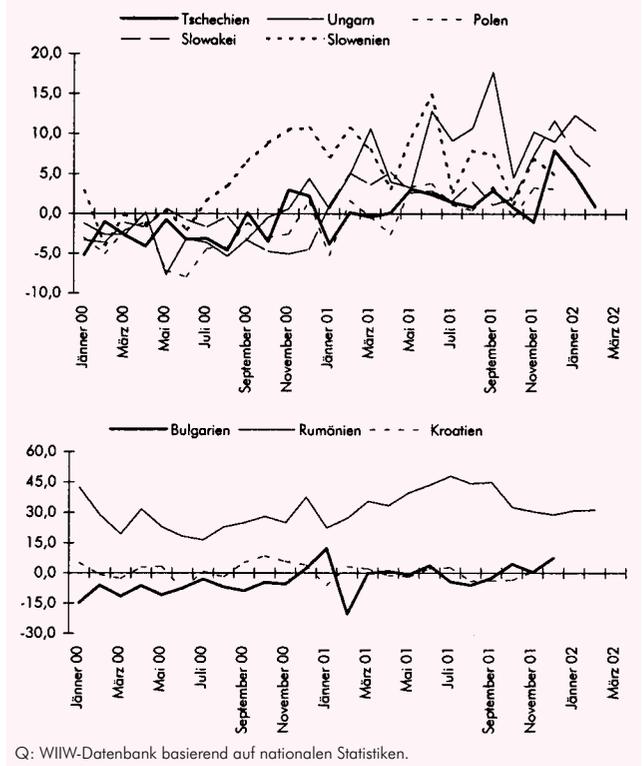


Abbildung 6: Lohnstückkosten in der Industrie  
Veränderung gegen das Vorjahr in %



delsbilanz bewirkt, zu begrüßen. Das Problem besteht darin, wie sichergestellt werden kann, dass sie sich innerhalb dieses Rahmens bewegt. Die möglichen Vor- und Nachteile einer vorzeitigen Einführung des Euro werden in einigen Monaten in den ostmitteleuropäischen Metropolen und möglicherweise auch in Frankfurt und Brüssel ein heftig diskutiertes Thema sein.

### EINIGE ASPEKTE DER BEVORSTEHENDEN EU-OSTERWEITERUNG

Einer der Aspekte der EU-Osterweiterung, denen in der EU große Bedeutung beigemessen wird, ist das Entwicklungsniveau gemessen am *BIP pro Kopf* zu Kaufkraftparitäten (Übersicht 9). Regionen, in denen diese Maßzahl unter 75% des EU-Durchschnitts liegt, haben Anrecht auf EU-Fördermittel. Eine Schätzung für das Jahr 2001<sup>2)</sup> ergibt für die meisten ostmitteleuropäischen Länder eine Vergrößerung der Kluft gegenüber dem EU-Durchschnitt. Slowenien, das Land mit dem höchsten BIP pro Kopf in der Region, erreicht nunmehr 70% des EU-Durchschnitts, ebenso wie Griechenland, das EU-Land mit dem geringsten BIP pro Kopf. Da sich auch die Position Deutschlands und Österreichs verschlechtert hat, ist der Abstand zwischen diesen beiden Ländern und ihren ostmitteleuropäischen Nachbarn nicht gewachsen.

Die Diskrepanz zwischen dem Preisniveau der EU und jenem der MOEL hat sich gemäß diesen Berechnungen

<sup>2)</sup> Berechnung des Wiener Institutes für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) auf der Basis von OECD-Daten.

2001 ebenfalls verändert. Kroatien ist nunmehr das Land mit dem höchsten Preisniveau in der Region (68% des EU-Durchschnitts) vor Slowenien (62%), das bisher als führend galt. Polen liegt um nur noch 6 Prozentpunkte hinter Slowenien. Von diesen drei Ländern konnte 2001 nur Slowenien seine Importausgaben zu einem erheblichen Grad (91%) durch Exporterlöse decken. Kroatien erreichte einen Deckungsgrad von 51%, Polen 72%. Die Annäherung an das EU-Preisniveau erzeugt, wenn die Produzenten von handelbaren Gütern nicht wettbewerbsfähig sind, ein Ungleichgewicht in der Handelsbilanz, das längerfristig unhaltbar ist. Die Konvergenz des Preisniveaus dürfte in den künftigen EU-Mitgliedstaaten langsam und nicht unbedingt vollständig erfolgen.

*Kurzfristig ist die Erfüllung der Maastricht-Kriterien durch die Beitrittsländer nicht zu erwarten; sie ist aber im Gegensatz zur Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien nicht erforderlich.*

Die künftigen neuen EU-Länder dürften noch mehrere Jahre hindurch eine Inflationsrate aufweisen, die über dem EU-Durchschnitt liegt. Der Abstand zwischen den Preisen handelbarer und nichthandelbarer Güter sowie Dienstleistungen ist in den MOEL viel größer als in der EU. Mittelfristig sollte dieses Preisverhältnis jenem der EU ähnlicher werden – voraussichtlich zumindest teil-

### Übersicht 9: Das BIP der MOEL im internationalen Vergleich 2001

	Zu laufenden Wechselkursen (WK)	Zu Kaufkraftparitäten (KKP)	Reales Wachstum	Preisniveau im Vergleich zur EU (KKP/WK)
	Mrd. €	Pro Kopf, EU 15 = 100	1990 = 100	In %
10 EU-Kandidatenländer	449	964	39	113
MOEL 11	835	2.296	32	84
MOEL 7	421	908	39	115
MOEL 5	361	715	45	125
Tschechien	63	143	58	103
Ungarn	58	122	50	112
Polen	197	357	39	131 <sup>1)</sup>
Slowakei	22	61	47	109
Slowenien	21	33	70	124
Bulgarien	15	46	24	82
Rumänien	44	146	27	88
Kroatien	23	34	33	90
Mazedonien	4	9	19	94
Russland	346	1.153	33	69
Ukraine	42	191	16	47
Estland	6	13	40	94
Lettland	8	17	30	67
Litauen	13	26	31	72
EU 15	8.826	8.826	100	125
Deutschland	2.069	2.044	103	131
Österreich	211	209	108	127
Griechenland	131	178	70	131
Portugal	122	180	75	133
Spanien	651	786	83	133
USA	11.353	9.780	148	139
Japan	4.600	3.264	108	114

Q: OECD, WIIW. – <sup>1)</sup> 1989 = 100; für Polen, wo die Transformation früher als in anderen Ländern begann, ist 1989 das adäquate Bezugsjahr.

weise über eine relativ hohe Teuerung von nichthandelbaren Gütern und Dienstleistungen. Solange die Inflationsraten relativ hoch sind, wird es schwierig sein, die Zinssätze auf das im Maastricht-Vertrag geforderte Niveau zu senken. Relativ groß sind die Fortschritte der EU-Beitrittsländer bezüglich der Maastricht-Konformität der *Staatsverschuldung* und des *Defizits der öffentlichen Haushalte* (Übersicht 10); allerdings sind die von den nationalen statistischen Ämtern gemeldeten Defizite niedriger als gemäß der EU-Berechnungsmethode.

Wichtiger noch als die Erfüllung der Maastricht-Kriterien<sup>3)</sup> ist das Kopenhagen-Kriterium<sup>4)</sup>, das dem Unternehmenssektor die Fähigkeit abverlangt, dem vollen *Konkurrenzdruck* des EU-Binnenmarktes standzuhalten. Es gibt kein Maß, um diese Fähigkeit bereits im Vorhinein unmittelbar zu messen, aber es gibt Indizien. Dazu zählt, ob das Gros der Unternehmen die Regeln finanzieller Disziplin einhält, sei es gegenüber Lieferan-

<sup>3)</sup> Um der Europäischen Währungsunion beitreten zu können, muss ein Land hinsichtlich der Inflation, der Zinssätze, der Wechselkursstabilität, des Budgetdefizits und der Staatsverschuldung bestimmte 1992 im Maastricht-Vertrag festgelegte Kriterien erfüllen.

<sup>4)</sup> 1993 fasste der Europäische Rat in Kopenhagen den Beschluss, dass die assoziierten ostmitteleuropäischen Länder, um der Europäischen Union beitreten zu können, bestimmte politische und wirtschaftliche Kriterien erfüllen müssen. Die wirtschaftlichen Kriterien beziehen sich auf den Aufbau einer funktionsfähigen Marktwirtschaft sowie auf die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Europäischen Union standzuhalten.

### Übersicht 10: Staatshaushalt

	1998	1999	2000	2001
	Ausgaben in % des BIP			
Tschechien	30,9	31,6	32,3	32,3
Ungarn	31,5	31,3	30,8	30,2
Polen	25,2	22,5	22,1	23,9
Slowakei	26,2	28,4	27,2	25,9
Slowenien	26,1	26,4	25,5	26,2
Bulgarien	18,2	18,1	21,1	25,3 <sup>1)</sup>
Rumänien	20,9	19,6	18,6	15,9
Kroatien	30,9	34,3	32,2	33,9
Mazedonien	21,9	23,8	24,5	.
Russland	17,2	14,0	14,1	14,8
Ukraine <sup>1)</sup>	30,4	26,7	28,3	27,4
	Budgetsaldo in % des BIP			
Tschechien	-1,6	-1,6	-2,4	-3,2
Ungarn	-5,5	-3,0	-2,8	-2,8
Polen	-2,4	-2,0	-2,2	-4,5
Slowakei	-2,6	-1,8	-3,1	-4,6
Slowenien	-1,1	-0,5	-0,9	-1,1
Bulgarien	1,5	1,8	-0,9	-2,4 <sup>1)</sup>
Rumänien	-2,8	-2,5	-3,6	-3,1
Kroatien	0,9	-1,8	-3,9	-2,2
Mazedonien	0,0	0,3	2,3	.
Russland	-5,3	-1,1	1,4	2,8
Ukraine <sup>1)</sup>	-2,2	-1,5	0,6	-0,6

Q: Nationale Statistiken; 2001: vorläufig. – <sup>1)</sup> Gesamthaushalt.

ten, den Beschäftigten, dem Staat oder den Kreditinstituten. Dazu zählen ferner die Exportintensität einer Volkswirtschaft und der Grad, zu welchem die Exporteinnahmen die Importausgaben decken.

Ein Aspekt, der in den Beitrittsverhandlungen eine wichtige Rolle spielt, weil er das künftige EU-Budget stark belasten könnte, ist die *Landwirtschaft*. Sie ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich strukturiert. In der Slowakei und in Tschechien dominieren nach wie vor Großbetriebe, während in Polen und Slowenien zumindest gebietsweise Klein- und Kleinstbetriebe vorherrschend sind. Ungarn nimmt in dieser Hinsicht eine mittlere Position ein und ist durch gute Produktionsbedingungen begünstigt. Die Kleinlandwirte dürften nach dem EU-Beitritt ihres Landes mittelfristig Schwierigkeiten haben, ihre Tätigkeit weiter auszuüben, weil sie verschiedene in der EU etablierte Auflagen nur schwer erfüllen können. Gelegentlich wird darauf hingewiesen, dass das Bestehen kleinbäuerlicher Strukturen die Chance eröffnet, arbeitsintensive, aber gleichzeitig umweltschonende Produktionsweisen zu verfolgen. Konkrete Initiativen in diese Richtung sind derzeit nicht anzunehmen.

Sieht man von diesem Aspekt ab, so ist die Strukturberreinigung im Agrarsektor aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dann positiv zu sehen, wenn das dabei freiwerdende Arbeitskräftepotential in anderen Wirtschaftsbereichen ökonomisch aktiv werden kann. Die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes, die von der EU künftig noch stärker forciert werden wird, könnte dazu einen positiven Beitrag leisten.

Effizienzprobleme könnten auftreten, wenn die entsprechenden Programme die Verwendung bereitgestellter

Mittel der Entscheidung von Bürokratien überantworten, die damit überfordert sind.

Die Gefahr, dass die neuen EU-Mitgliedsländer den Binnenmarkt zunehmend mit Agrarüberschüssen überfluten, soll durch die Einrichtung des EU-Produktionsquotensystems gebannt werden. Gegenwärtig sind die Kandidatenländer mit Ausnahme Ungarns im Handel mit der EU Nettoimporteure von Agrargütern. Die Verhandlungsposition der EU zielt vorläufig darauf ab, diese Situation zu perpetuieren. Die Zukunft des Produktionsquotensystems wird sich in den WTO-Verhandlungen der nächsten Jahre entscheiden.

## WARENAUSTAUSCH MIT ÖSTERREICH EXPANDIERT

Wie eingangs beschrieben, verlangsamte sich im Laufe des Jahres 2001 die Export- und Importexpansion der MOEL. Etwa denselben Entwicklungsverlauf nahm laut österreichischen Quellen auch der Außenhandel Österreichs mit den ostmitteleuropäischen Ländern. Österreichs Exporte in die Region – ohne die Länder der früheren UdSSR – wuchsen im I. Quartal 2001 im Vorjahresvergleich um gut 13%, im II. um 7%, im III. um 4% und um knapp 6% im IV. Quartal. Für die Importe aus der Region ergaben sich Vorjahresveränderungsraten von +19%, +12%, +4% und -2%. Seit Beginn der Transformation steigt Österreichs Export in die Region mit einer durchschnittlichen Jahresrate von über 14%; 2001 hat sich die Expansion daher mit knapp unter +8% verlangsamt. Ebenso wurden die Importe aus der Region 2001 um gut 8%, im langjährigen Durchschnitt jedoch um mehr als 13% p. a. ausgeweitet. Der Handel mit ostmitteleuropäischen Ländern hat in den letzten Jahren stetig an Gewicht gewonnen: Die Region absorbierte 2001 15% der österreichischen Gesamtexporte – gegenüber lediglich 7% im Jahre 1989. Hatte Österreich im Jahr 1989 5% der gesamten Importe aus Ost-Mitteleuropa bezogen, so waren es 2001 11%.

*Beinahe ein Sechstel der österreichischen Exporte ging 2001 nach Ost-Mitteleuropa (einschließlich der Balkanländer), wobei Ungarn und Tschechien die wichtigsten Handelspartner waren. Der hohe Überschuss Österreichs im Osthandel (2001 etwa 200 Mio. €) resultiert hauptsächlich aus dem Warenaustausch mit Ungarn, Kroatien und Slowenien.*

Österreich erzielte im Handel mit Ost-Mitteleuropa in den letzten Jahrzehnten fast durchwegs Überschüsse. Ab 1989 stiegen sie rasant: 1989 betrug der Überschuss 23 Mio. €, 2001 jedoch 196 Mio. €. Den größten positiven Saldo erbrachte 2002 mit 232 Mio. € der Handel

### Übersicht 11: Exportspezialisierung

Nach Warengruppen (SITC)

		1995	2001 <sup>1)</sup>	1995/ 2001 <sup>1)</sup>
		Anteile an den Gesamtexporten in %		Veränderung der Anteile in Prozentpunkte
Tschechien	Maschinen, Verkehrsmittel	30,3	47,3	+17,0
Ungarn	Maschinen, Verkehrsmittel	25,6	57,6	+32,0
Polen	Maschinen, Verkehrsmittel	21,1	35,5	+14,4
Slowakei	Maschinen, Verkehrsmittel	18,8	38,5	+19,7
Slowenien	Maschinen, Verkehrsmittel	31,4	36,1	+ 4,7
Bulgarien	Verschiedene Fertigwaren	9,3	25,3	+16,1
Rumänien	Verschiedene Fertigwaren	31,7	40,2	+ 8,5
Kroatien	Maschinen, Verkehrsmittel	16,8	29,4	+12,6
Mazedonien	Verschiedene Fertigwaren	18,3	28,6	+10,3
Bundesrepublik Jugoslawien	Verschiedene Fertigwaren	14,6 <sup>2)</sup>	18,9	+ 4,3
Russland	Harmonisiertes System: Mineralische Stoffe	42,9	57,0	+14,1
Ukraine	Harmonisiertes System: Unedle Metalle und Waren daraus	33,1 <sup>2)</sup>	41,3	+ 8,2

Q: WIW-Datenbank basierend auf nationalen Statistiken. – <sup>1)</sup> Mazedonien: 2000. – <sup>2)</sup> 1996.

mit Fertigwaren, insbesondere Maschinen und Fahrzeugen, während der Saldo für Agrargüter nur leicht positiv und für Roh- und Brennstoffe negativ war. Im Handel mit Agrarwaren ergeben sich erst seit Beginn der Transformation Überschüsse für Österreich, bis einschließlich 1989 war er stets defizitär.

Die *Warenstruktur* der Importe Österreichs aus der Region veränderte sich viel deutlicher als jene der Exporte. 1989 hatten die Exporte zu 84% aus Fertigwaren bestanden, 2001 zu 89%; dabei hatten Maschinen und Fahrzeuge stets das größte und zudem steigende Gewicht (von 32% der Gesamtexporte in die Region im Jahr 1989 auf 42% 2001). Importiert wurden 1989 zu nur 44% Fertigwaren, mit einem Schwerpunkt auf bearbeiteten Waren und chemischen Erzeugnissen. 2001 bildeten Fertigwaren jedoch bereits 80% der österreichischen Importe aus den MOEL; Maschinen und Fahrzeuge machten allein 37% der Importe aus der Region aus. Dies spiegelt die zunehmende Spezialisierung der ostmitteleuropäischen Länder auf den Export von Maschinen und Verkehrsmitteln wider (Übersicht 11): Innerhalb der Exporte Ungarns, Tschechiens, der Slowakei, Sloweniens, Polens und Kroatiens haben sich Maschinen und Verkehrsmittel zur wichtigsten Warengruppe entwickelt.

Österreichs bedeutendster Handelspartner in der Region ist Ungarn mit einem Anteil von über 30% am Gesamt-handelsvolumen mit Ost-Mitteleuropa. Tschechien ist mit etwas weniger als einem Viertel der zweitwichtigste Partner. Die Handelsverflechtung zwischen Österreich und Polen ist schwach entwickelt, der Anteil am Gesamtvolumen liegt etwas über 10% und damit nahe dem Anteil Sloweniens. Die geographische Nähe spielt offenbar eine wichtige Rolle für die Intensität der Handelsbeziehungen, und zwar auch deshalb, weil österreichische Unternehmen hauptsächlich in der Nachbarschaft inves-

tieren und diese Investitionen die Handelsströme intensivieren. Die stark positive Bilanz im Handel mit Ost-Mitteleuropa erzielt Österreich vor allem aufgrund der Überschüsse gegenüber Ungarn, Kroatien und Slowenien. Mit Tschechien war die Bilanz 2001 etwa ausgeglichen, mit der Slowakei leicht negativ. Auch wenn man Russland einbezieht, das nach Österreich hauptsächlich Brennstoffe und Energie liefert, ist Österreichs Osthandelsbilanz stark positiv. Österreichs Handel mit Russland ähnelt vom Volumen her jenem mit Slowenien. Mit der Ukraine bestehen zur Zeit nur sehr lose Handelsbeziehungen.

## KURZCHARAKTERISTIK DER WIRTSCHAFTSLAGE DER EINZELNEN LÄNDER

### TSCHECHIEN

Die tschechische Wirtschaft hatte 1997 einen Rückschlag erlitten, aus dem sie sich erst nach zwei Jahren erholte. Heute erweckt sie einen robusten Eindruck. Nachdem die Großbanken an ausländische Institute verkauft wurden, verfügen die Beziehungen zwischen dem Banken- und dem Nichtbankensektor über eine solidere Basis. Der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen war in den letzten Jahren massiv und betraf viele Wirtschaftssektoren, die Industrie ebenso wie den Handel und andere Dienstleistungen. Diese Investitionen beschränkten sich nicht auf den Prager Raum, angesichts der bevorstehenden Osterweiterung der EU geben Investoren auch der Achse Brunn–Ostrava oder im größeren Kontext der Achse Warschau–Krakau–Brunn–Bratislava–Győr–Wien eine Zukunft. Die Exporte stiegen zu laufenden Preisen auf Euro-Basis 2000 um 28%, die Importe allerdings um 32%. 2001 schwächte sich das Wachstum der Exporte jedoch auf 18% ab, jenes der Importe auf 17%. Das Leistungsbilanzdefizit verkleinerte sich von 5,6% des BIP im Jahr 2000 auf 4,7% 2001. Angesichts der deutlichen nominellen und noch deutlicheren realen Aufwertung der tschechischen Krone ist diese Verringerung des Defizits, sollte sie auch genaueren Berechnungen standhalten, bemerkenswert.

*Die tschechische Wirtschaft erscheint nunmehr viel robuster als vor fünf Jahren.*

*Die Hauptsorge der Nationalbank ist gegenwärtig die Eindämmung der Aufwertung.*

Das umfangreiche Engagement transnationaler Unternehmen in der Produktion von Fahrzeugen, elektrischen und elektronischen Geräten und Maschinen sowie auch im Nahrungsmittelsektor hat die Wettbewerbsfähigkeit tschechischer Produkte erhöht. Die merkliche Verringerung der Expansion sowohl der Exporte als auch der Industrieproduktion in den letzten Monaten des Jahres 2001 und in den ersten Monaten 2002 lässt für heuer

eine leichte Dämpfung des BIP-Wachstums erwarten. Die Dynamik des realen Sektors dürfte sich im Einklang mit der internationalen Entwicklung im Laufe des Jahres wieder beschleunigen, sodass die tschechische Wirtschaft 2003 real um etwa 4% wachsen dürfte. Der Inflationsdruck war in den ersten Monaten dieses Jahres sehr gering.

### UNGARN

Die ungarische Wirtschaft verzeichnete seit 1997 Wachstumsraten von über 4%, im Jahr 2000 sogar von 5,2%. 2001 verlor die Entwicklung an Dynamik, sodass sich ein Jahresdurchschnitt von nur 3,8% ergab. Die Expansion sowohl der Industrieproduktion als auch der Exporte kam gegen Ende 2001 zum Stillstand und erholte sich auch in den ersten Monaten 2002 nicht. Der Vorjahresabstand der Importe war noch geringer als jener der Exporte und teilweise negativ, sodass sich das Leistungsbilanzdefizit 2001 gegenüber dem Vorjahr verringerte (von 2,9% des BIP auf 2,1%). Mit dem erneuten Anspringen der internationalen und insbesondere der europäischen Konjunktur dürfte auch Ungarn die Stagnation überwinden.

*Ungarns Wirtschaft, deren hohe Wachstumsraten in den letzten Jahren auf Erfolgen der Exportindustrie beruhten, wurde von der internationalen Konjunkturabschwächung deutlich in Mitleidenschaft gezogen. Sie dürfte im Einklang mit der Entwicklung in der EU bald wieder an Dynamik gewinnen.*

Die Prosperität der letzten Jahre ging von Zweigniederlassungen transnationaler Unternehmen aus, denen Ungarn sehr günstige Bedingungen bietet. Diese Investoren brachten neue Technologien ins Land, agierten sehr export- und vor allem in der Startphase vielfach auch sehr importintensiv. Ihr Erfolg schlug auf die reale Situation breiter Bevölkerungsteile nicht durch; insbesondere die östlichen Regionen hatten an der Dynamik kaum Anteil. Dies trug wesentlich dazu bei, dass die Regierung Orbán im April 2002 die Wahlen verlor. Bereits 2001 hatte sie versucht, mit außerbudgetären Mitteln, etwa über den Umweg einer staatlichen Bank, die Wirtschaft zu stimulieren. Laut EU-konformen Berechnungen betrug das Budgetdefizit 2001 etwa 5% des BIP. Der Trend zur nominellen Aufwertung des Forint hat die Inflation deutlich gemildert, sie sollte 2003 auf unter 5% sinken. Die Arbeitslosenquote ist mit etwa 8% relativ niedrig und dürfte sich in der nächsten Zeit nicht wesentlich ändern.

### POLEN

Polens BIP war 2001 um fast ein Drittel höher als vor Beginn der Transformation (1989), Ähnliches gilt für die

Industrieproduktion. Nach Jahren ungebrochenen Wachstums, das sich Mitte der neunziger Jahre auf 7% beschleunigte, ist nunmehr eine Stagnationstendenz zu beobachten. 2001 verringerte sich die BIP-Wachstumsrate von Quartal zu Quartal, der Jahresdurchschnitt liegt nach vorläufigen Berechnungen bei 1,1%. Die Industrieproduktion stagnierte 2001 im Jahresdurchschnitt, die Bauproduktion ging stark zurück. Die Beschäftigung sank insbesondere in der Industrie, die Arbeitslosenquote kletterte auf über 17%. Im Vergleich mit anderen Marktwirtschaften ähnlicher Größe erscheinen die Aktivitäten der polnischen Exportwirtschaft gering. Das sehr hohe Leistungsbilanzdefizit des Jahres 2000 (über 6% des BIP) reduzierte sich 2001 aufgrund der Wachstumsabschwächung, welche die Importentwicklung bremste.

---

*Dass die lange Phase hoher Wachstumsraten in Polen nunmehr einer Stagnation gewichen ist, dürfte überwiegend wirtschaftspolitische Gründe haben. Einer davon ist eine Hochzinspolitik, die Unternehmenskredite extrem teuer macht und zur Aufwertung der Währung beiträgt.*

---

Die nominelle Aufwertung stellt die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Unternehmen auf eine harte Probe. Der Rückgang der Anlageinvestitionen um über 10% im Jahr 2001 dürfte zwei Gründe haben: Gewinneinbußen der Exportwirtschaft behinderten die Eigenfinanzierung von Investitionsvorhaben, und das hohe Zinsniveau verteuerte die Kreditfinanzierung. Der Kreditzinssatz der Geschäftsbanken lag Anfang 2002 bei fast 17%, während die Produzentenpreise nahezu stagnierten, sodass auch der Realzinssatz etwa 17% betrug. Wie der Diskontsatz von 12% signalisiert, betreibt die polnische Nationalbank eine Hochzinspolitik. Die neue Regierung – sie ist seit November 2001 im Amt und besteht aus Sozialdemokraten und der gemäßigeren der zwei im Parlament vertretenen Bauernparteien – bemüht sich, das Budget, das im Vorjahr ausuferte, durch einnahmen- wie auch ausgabenseitige Maßnahmen zu konsolidieren. De facto mündet dies in eine prozyklische Politik; es fehlt nun der Motor, der die polnische Wirtschaft in diesem Jahr wieder in Schwung bringen könnte. Das BIP dürfte 2002 eher schrumpfen als wachsen. 2003 könnte eine leichte Erholung eintreten, deren Stärke von der künftigen Wirtschaftspolitik der Regierung und der Nationalbank, auch in Hinsicht auf den Wechselkurs, beeinflusst sein wird.

## SLOWAKEI

Die Slowakei konnte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre einen Wachstumseinbruch, wie ihn Tschechien

verzeichnete, vermeiden. Zwar lagen die Probleme ähnlich – auch in der Slowakei wurden Großbetriebe durch Bankkredite finanziert, deren Rückzahlung nie ernstlich zu erwarten war. Die Slowakei war flexibler in ihrer Wechselkurspolitik und konnte ihr Konsolidierungsprogramm ohne den Ausbruch einer akuten Krise beginnen. Die Wachstumsrate ging stark zurück, und die Reformschritte waren unpopulär.

---

*Die slowakische Regierung hatte mit ihrem Bemühen, die hohen Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz abzubauen, zumindest vorübergehend Erfolg – 2001 traten sie erneut zutage. Auch hat sie dem Land die Chance auf einen baldigen EU-Beitritt erkämpft. Diese Erfolge werden in Westeuropa mehr gewürdigt als im Lande selbst.*

---

Der Regierung ist es gelungen, das Land in die Gruppe der Kandidaten für die bevorstehende EU-Erweiterung einzureihen. Der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen ist stark gestiegen, vor allem in der Westslowakei. Die Wirtschaft der Slowakei weist ein regionales Ost-Westgefälle auf, das schwer zu mildern sein wird. Eines der Probleme besteht darin, dass 2001 mit der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 3,3% das Leistungsbilanzdefizit wieder beträchtlich zunahm: Es hat sich auf 8,8% des BIP erhöht. Dass sich die Tendenz zur nominellen Aufwertung in letzter Zeit auch in der Slowakei gezeigt hat, wirkt in diesem Zusammenhang eher beunruhigend. Der Aufwertungsdruck erklärt sich aus der Erwartung, dass die Regierung die großen Energieproduzenten und -verteiler des Landes noch vor den Wahlen im September an ausländische Investoren verkaufen und einen großen Zustrom ausländischen Kapitals auslösen wird.

## SLOWENIEN

Slowenien ist in mehrfacher Hinsicht das höchstentwickelte Transformationsland: Es weist das höchste BIP pro Kopf aus, das Preisniveau kommt – sieht man von Kroatien ab – jenem der EU am nächsten, und es hat ähnlich wie Polen das BIP-Niveau von 1989 weit überschritten. Die Beitrittsverhandlungen mit der EU kamen sehr gut voran. Der bevorstehende EU-Beitritt wird das Land zu einer Liberalisierung der Kapitalströme zwingen. Längerfristig wird es nicht möglich sein, den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen unter Kontrolle zu halten, das tatsächliche Interesse ausländischer Investoren ist allerdings schwer zu schätzen. Unter Umständen könnte in Zukunft auch in Slowenien die Wechselkursentwicklung einen geänderten Lauf nehmen: Bisher wertete die Währung immer so stark ab, dass der Abstand zum EU-Preis-

niveau weitgehend unverändert blieb, obwohl die Inflationsrate deutlich höher war als in der EU. Auf längere Sicht könnte eine reale Aufwertung größere Leistungsbilanzdefizite entstehen lassen. 2002 und 2003 jedoch ist in dieser Hinsicht noch keine grundlegende Trendwende zu erwarten: Das Wachstum wird 3% bis 4% erreichen, die Inflation wird sich wenig ändern, das Leistungsbilanzdefizit bleibt gering.

---

*Slowenien unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht von den anderen Ländern der Region – die Wirtschaft wächst zwar nicht sehr rasch, aber konstant und ohne größere Ungleichgewichte.*

---

Die Arbeitslosenquote könnte 2003 auf 10% sinken; gemäß dem Labour Force Survey beträgt sie derzeit etwa 6%. Für Slowenien bilden die anderen Staaten des früheren Jugoslawien einen Zukunftsmarkt, der bereits 2001 17% der slowenischen Exporte absorbierte. Slowenische Unternehmen sind in der Region gleichzeitig auch als Direktinvestoren aktiv.

## BULGARIEN

Bulgarien zählt zu jenen Ländern, die Mitte der neunziger Jahre den Transformationsschock überwunden zu haben schienen, anschließend jedoch einen Rückschlag erlitten. In Bulgarien war er sehr stark, das BIP sank real auf etwa zwei Drittel des Niveaus von 1989, das Preisniveau geriet vorübergehend außer Kontrolle. Die Einführung eines currency board half, die Inflation drastisch zu reduzieren. Sie lag 2001 bei etwas über 7% und dürfte 2002 und 2003 noch geringer ausfallen. Der Stabilisierungserfolg ist offensichtlich, von einer Konsolidierung des Unternehmensbereichs ist das Land jedoch trotz der relativ kräftigen Steigerung der Anlageinvestitionen wie auch des BIP noch weit entfernt. Das Wirtschaftswachstum setzte 1998 wieder ein und erreichte 2000 mit 5,8% einen Höchstwert. 2001 verlangsamte es sich auf 4%, wobei die Rate im IV. Quartal um 0,2 Prozentpunkte über dem Jahresdurchschnitt lag. Im Gegensatz zum BIP begann die Industrieproduktion erst 2000 wieder zu steigen (+5,8%), nahm aber 2001 um nur 0,7% zu und wird auch 2002 und 2003 um weniger als 5% wachsen. Auch die Landwirtschaft, früher eine Stärke des Landes, kommt nicht in Schwung.

---

*Bulgarien erzielte in den letzten Jahren wieder hohe Wachstumsraten und hat die Inflation erfolgreich bekämpft. Die Schwäche des Unternehmenssektors bleibt jedoch ein Problem, das viele andere nach sich zieht.*

---

Die Beschäftigung ist in Bulgarien seit 1997 rückläufig, und die Arbeitslosenquote beträgt nunmehr zwischen

17% und 18%. Das Budgetdefizit des Staates liegt knapp unter 1% des BIP, jenes der Leistungsbilanz ist hingegen mit fast 7% des BIP beträchtlich: ein Indiz dafür, dass die Wettbewerbsfähigkeit der bulgarischen Unternehmen gering ist. Hätten nicht Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz, vor allem aufgrund des wiedererstarkenden Tourismus, das Handelsbilanzdefizit teilweise kompensiert, so wäre das Leistungsbilanzdefizit mehr als doppelt so hoch gewesen. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen deckte das Leistungsbilanzdefizit aber 2001 weitgehend, und aufgrund eines erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds hat sich die Kreditwürdigkeit des Landes verbessert. Der Zugang zu internationalen Finanzmärkten ist wieder geöffnet. Die Regierung stellte jedoch die vor der Wahl versprochenen Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen, etwa im Sozialbereich, im Interesse der Budgetdisziplin hintan. Das BIP-Wachstum dürfte 2002 und 2003 wieder etwa 4% erreichen. Das Leistungsbilanzdefizit sollte den bisherigen Rahmen nicht überschreiten; da die Privatisierung insbesondere der Telecom, des Tabakmonopols und der größten Versicherung des Landes bevorsteht, wird seine Deckung auch 2002 voraussichtlich keine Probleme bereiten. Die Inflation, hauptsächlich gespeist durch die Anhebung der Obergrenzen regulierter Preise, dürfte unter 5% sinken. Die Arbeitslosenquote wird sich 2002 und 2003 kaum verändern.

## RUMÄNIEN

Rumäniens Wirtschaft hatte nach dem Transformationschock wieder zu wachsen begonnen, erlitt aber 1997 einen dramatischen Rückschlag, der sich in einem Rückgang des BIP von 1997 bis 1999 äußerte, in einer explosionsartigen Erhöhung der Inflationsrate (auf 155% im Jahre 1997) sowie in einer massiven Abwertung. 2001 wuchs die Wirtschaft erneut stark (+5,3%). Die Inflationsrate war zwar mit 35% sehr hoch, aber um 11 Prozentpunkte geringer als 2000. Die Abwertung gegenüber dem Euro (gemessen in Euro je ROL) blieb mit 23% unter dieser Marke. Die Arbeitslosenquote sank unter 10%, das Leistungsbilanzdefizit allerdings erhöhte sich auf annähernd 6% des BIP. Diese relativ günstigen Ergebnisse entstanden, abgesehen von einer guten Ernte – die Landwirtschaft ist in Rumänien ein wichtiger Wirtschaftszweig –, unter dem Einfluss einer Wirtschaftspolitik, die auf Nachfragestimulierung abzielte, etwa indem sie eine deutliche Realloohnerhöhung unterstützte, den öffentlichen Konsum real erhöhte und auch zur Steigerung der Anlageinvestitionen beitrug. Die Regierung setzte auch auf der Angebotsseite Maßnahmen, die es notorischen Problembetrieben ermöglichte, weiter zu produzieren bzw. ihre Produktion sogar auszuweiten. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Lagerinvestitionen einen wesentlichen Wachstumsimpuls lieferten.

Diese expansive Wirtschaftspolitik war schlecht vereinbar mit dem Drängen des Internationalen Währungsfonds auf energische Inflationsbekämpfung – und mit Schritten, die der IWF in diesem Zusammenhang empfiehlt: in erster Linie die Budgetkonsolidierung. Immerhin

---

*Die Inflationsrate hat sich in Rumänien 2001 stark verringert, ist aber immer noch sehr hoch. Zum kräftigen Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 leistete auch die Wirtschaftspolitik einen positiven, aber nicht durchwegs unproblematischen Beitrag.*

---

aber kam im November 2001 ein Stand-by-Abkommen mit dem IWF zustande, das einen Schwenk zu restriktiver Budgetpolitik vorsieht. Das Wirtschaftswachstum dürfte heuer bei 3% und im kommenden Jahr bei 4% liegen.

## KROATIEN

Kroatiens Preisniveau kommt dem EU-Niveau am nächsten. Im Gegensatz zu Slowenien, das in dieser Hinsicht an zweiter Stelle liegt, hat Kroatiens Industrie Probleme, im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz zu bestehen. Dies äußert sich in Exportschwäche – die kroatischen Exporte machen weniger als ein Viertel des BIP aus – und in massiven Importen: Sie haben etwa das doppelte Volumen der Exporte. Dass das Leistungsbilanzdefizit dennoch mäßig ist, verdankt Kroatien dem Tourismus, der sich nach Jahren des Niedergangs nunmehr wieder belebt und heuer neuerlich einen Zuwachs verzeichnen dürfte. Die Qualität des Tourismusangebotes ist gegenüber anderen Destinationen in Rückstand geraten; nur massive Investitionen in den Sektor selbst und in seine Infrastruktur werden ihn verringern können.

---

*Kroatiens Preisniveau kommt jenem der EU am nächsten. Dies schlägt sich in einer engen Orientierung am Euro nieder und setzt die Industrie unter Wettbewerbsdruck.*

---

Um zu verhindern, dass sich das Land auf den Tourismus als einzig prosperierenden Faktor stützt, während die Güterproduktion unterentwickelt bleibt, wird vielfach empfohlen, einer Abwertung herbeizuführen. Allerdings wird, abgesehen von Lohnvereinbarungen, ein Großteil der Verträge in Euro formuliert. Dieser Umstand erschwert die Instrumentalisierung des Wechselkurses. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt zu laufenden Wechselkursen etwa 680 €. Er ist damit niedriger als in Slowenien (knapp unter 1.000 €), aber viel höher als in Tschechien (415 €). Als Standort eines transnationalen Unternehmens zur Bedienung internationaler Märkte (z. B. EU, Südosteuropa, östlicher Mittelmeerraum) wäre Kroatien aus der Sicht der Lohnhöhe nicht unbedingt

disqualifiziert. Dass Kroatiens Industrie für ausländische Investoren dennoch bloß mäßig attraktiv ist, dürfte in Faktoren begründet sein, welche die künftigen Absatzmöglichkeiten schwer einschätzbar machen: unklare Aussicht auf EU-Mitgliedschaft, ungelöste Konflikte der Balkanregion, Grenzen, die noch echte Barrieren bilden, ungünstige Infrastruktur innerhalb Kroatiens selbst. Die Regierung ringt um den Abbau des Budgetdefizits, der bei hoher Wachstums- und auch Inflationsrate einfacher zu erreichen wäre. Diese beiden Raten werden jedoch 2002 und 2003 zwischen 3% und 4% liegen, während die Arbeitslosenquote mit über 20% hoch bleibt.

## MAZEDONIEN

Mazedoniens Wirtschaft wurde 2001 durch den Konflikt zwischen slawischer und albanischer Bevölkerung schwer in Mitleidenschaft gezogen. Das BIP schrumpfte, die Industrieproduktion ging zurück, die Exporte verringerten sich, und noch stärker sanken die Importe. Die Krise machte die Hoffnung auf ausländische Direktinvestitionen vorläufig zunichte.

---

*Mazedoniens Wirtschaft leidet unter den Folgen der politischen Krise des vergangenen Jahres.*

---

2002 dürften die wirtschaftlichen Aktivitäten etwa unverändert bleiben, die Akteure verhalten sich abwartend, ob die mit Hilfe der USA, der EU und der NATO gefundene politische Lösung hält. Hält sie, gestützt auf internationale Hilfe, so könnte eine wirtschaftliche Erholung einsetzen.

## RUSSLAND

In Russland, dessen Wirtschaftsleistung gemessen am BIP zu Kaufkraftparitäten etwa halb so groß ist wie jene Deutschlands, schwächte sich das Wirtschaftswachstum von 9% im Jahr 2000 auf 5% im Jahr 2001 deutlich ab. Die Expansionsphase hatte unmittelbar nach der Währungskrise Mitte 1998 begonnen, im Gefolge einer starken Rubelabwertung, welche die russischen Unternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten konkurrenzfähig machte und auf diese Weise die Industrieproduktion stimulierte. Ein zweiter wichtiger Faktor war der Anstieg des Weltmarktpreises von Rohöl und Erdgas. Inzwischen sind die Energiepreise wieder gesunken, und die hohe Inflation der letzten Jahre wurde durch die nominelle Abwertung nur teilweise wettgemacht. Der Preisunterschied zwischen russischen und importierten Produkten verringerte sich wieder, und die Steigerung der Industrieproduktion sackte 2001 auf unter 5% ab. Das Wachstum des BIP wie auch der Industrieproduktion wird heuer und 2003 unter 5% verharren. Die Reallöhne

stiegen nach dramatischen Rückgängen Ende der neunziger Jahre 2000 und 2001 jeweils um etwa 20%. Der private Konsum nahm deutlich zu und heizte die Importe massiv an.

---

*Das Wachstum der russischen Wirtschaft bleibt von den Schwankungen des Weltmarktpreises von Erdöl und Erdgas abhängig. Allerdings hat sich die politische Stabilität gefestigt, und wichtige Reformschritte wurden vollzogen. Die kräftige Expansion der Wirtschaft in den letzten Jahren hatte eine positive Wirkung auf die Masseneinkommen.*

---

Die Grundlagen der russischen Wirtschaft haben sich allerdings in den letzten Jahren verbessert. Politisch ist das Land viel stabiler als vor einigen Jahren. Der Tauschhandel, der Mitte der neunziger Jahre den Warenverkehr zwischen den Unternehmen zu dominieren begann, wird durch die Remonetarisierung immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Aufgrund einer Reform der Steuergesetzgebung wurde ein einheitlicher Einkommensteuersatz von 13% eingeführt, die Sozialversicherungsbeiträge vereinheitlicht, der Körperschaftsteuersatz gesenkt. Zudem wurden die Importzölle vereinheitlicht. Der Umbau der Altersversorgung in ein Dreisäulensystem wurde in Angriff genommen. Das Parlament hat ein neues Arbeits- und ein neues Bodenrecht beschlossen. Die Zentralregierung erwirtschaftet seit 2000 Budgetüberschüsse. Überschüsse ergeben sich regelmäßig auch in der Leistungsbilanz. Ein Teil der Exporterlöse aus dem Erdöl- und Gasgeschäft bleibt im Ausland; seit September 2001 sind die Exporteure lediglich verpflichtet, 50% der Dollareinnahmen in Rubel umzutauschen (zuvor waren es 75%). Die Anlageinvestitionen, die getätigt werden, haben ihren Schwerpunkt im Bereich der Erdöl- und Erdgasgewinnung und im Verteilersystem (Pipelines). Schritte zur technologischen Erneuerung der Produktionsanlagen in den anderen Bereichen der Wirtschaft stehen noch aus, und weite Teile der Wirtschaft sind weiterhin in alten Strukturen verhaftet.

## UKRAINE

Die Ukraine konnte den Transformationsschock erst nach zehn Jahren überwinden, das BIP verringerte sich auf etwa ein Drittel des Niveaus von 1989. 2000 und 2001 wuchs die Wirtschaftsleistung erstmals wieder (2000 +5,9%, 2001 +9,1%). Getragen war diese Expansion von einer kräftigen Steigerung der Industrieproduktion (vom IV. Quartal 2000 bis zum III. Quartal 2001 lag der Vorjahresabstand jeweils über +10%). Das IV. Quartal 2001 brachte eine empfindliche Abschwächung, und im Dezember 2001 war das Vorzei-

chen erstmals negativ. Die Verbesserung der Wirtschaftslage wirkte sich auf die Einkommen positiv aus, die Reallohne und der private Konsum stiegen stark.

---

*Die Ukraine verzeichnete im Sog der russischen Wirtschaft nach Jahren des Niedergangs im Jahr 2000 erstmals eine Steigerung des BIP. Inzwischen hat die Wirtschaft eine beträchtliche Eigendynamik entwickelt, wie die hohe Wachstumsrate des Jahres 2001 (9,1%) zeigt. Bis zur Restrukturierung des Unternehmensbereichs und weitgehenden Durchsetzung marktwirtschaftlicher Usancen ist es noch ein weiter Weg.*

---

Die Arbeitslosenquote ist sehr niedrig – was einen Mangel an Restrukturierung der Wirtschaft anzeigt – und sank 2001 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,7%. Die Wirtschaft dürfte 2002 um etwa 4% und 2003 wieder etwas stärker wachsen. Der Exportüberschuss dürfte in diesem Jahr verschwinden. Die neugewählte Regierung dürfte die Obergrenze für eine Reihe regulierter Preise anheben, die Inflationsrate wird sich auf etwa 20% erhöhen.

## JUGOSLAWIEN

Jugoslawiens Regierung ist zu einem radikalen Umbau der Wirtschaft entschlossen. Erster Ausdruck dieser Absicht war die Schließung einiger Großbanken. Eine rasche Privatisierung der Unternehmen steht aber vor dem Problem, dass Inländer kaum über die Mittel verfügen, ein Unternehmen zu erwerben, die Produktion gewinnbringend zu betreiben, die Qualität der Produkte zu erhöhen, den Absatz neu zu organisieren und allmählich die bestehenden Anlagen durch neue zu ersetzen. Das Interesse ausländischer Investoren im nötigen Umfang zu erwecken, wird aber angesichts der unterentwickelten institutionellen, rechtlichen und Finanzmarktstrukturen schwierig sein. Das Land selbst ist zu klein und zu arm, um als Markt attraktiv zu sein, die Beziehungen innerhalb der Region sind noch nicht zufriedenstellend entwickelt.

---

*Die Wirtschaftsaktivitäten nahmen im ersten Jahr nach dem Milosevic-Regime einen starken Aufschwung. Ein Anstieg der Industrieproduktion steht allerdings noch aus und dürfte nicht einfach zu erzielen sein.*

---

Die Wirtschaftsaktivitäten nahmen 2001, dem ersten Jahr nach dem Sturz des Milosevic-Regimes, kräftig zu, das Warenangebot hat sich merklich vergrößert. Nicht gestiegen ist jedoch die Industrieproduktion. Die Unternehmen sind finanziell ausgeblutet, und sie haben keinen Zugang zu Krediten, um die Produktion in Gang zu brin-

gen. Das Wirtschaftswachstum dürfte 2001 (+6,2%) und auch 2002 und 2003 (jeweils etwa +4%) hauptsächlich auf einer Erhöhung staatlicher und privater Dienstleistungen beruhen. Der Wechselkurs zum Euro wird vorläufig konstant gehalten, in der Hoffnung, die Inflation dadurch rascher einzudämmen. Dennoch ist die Inflationsrate noch so hoch, dass sie in Verbindung mit einem stabilen Wechselkurs eine enorme reale Aufwertung mit sich

bringt. Das Leistungsbilanzdefizit machte 2001 11% des BIP aus; offen ist, wie hoch das Defizit sein darf, um – mit internationaler Hilfe – noch finanzierbar zu sein. Jugoslawien dürfte, wie mit der EU vereinbart, bald seinen Namen ändern; das Land besteht – klammert man die Kosovo-Frage aus – aus zwei Teilen mit unterschiedlichen Währungen: dem relativ großen Serbien und dem im Vergleich dazu kleinen Montenegro.

*European Transition Economies: World-wide Slowdown of Growth of Limited Impact – Summary*

In all European transition economies discussed in this article the GDP grew in both 2000 and 2001. The only exception was Macedonia in 2001, due to a serious political crisis. In those countries that in the past decade experienced an extremely severe economic setback – Bulgaria, Romania, Russia, Ukraine and Yugoslavia – the growth rate jumped to between 5 and 10 percent at least in one of these two years.

In 2002, almost all countries will be unable to achieve a growth rate similar to that reported in 2000-01. The world-wide slow-down of economic growth, and especially the growth deceleration in Germany and other EU countries, has shown a direct impact on the export performance of transition countries: exports grew only

insignificantly in the last months of 2001, and the same was true for industrial output.

GDP growth will be low in the first quarter of 2002, however is likely to intensify in the course of the year as well as in 2003. The inflation rate has become one-digit in most of the countries; a trend towards nominal appreciation emerged in some of the leading countries. A more rapid introduction of the Euro is likely to become a hot topic in the course of EU accession.

Austria is making a comfortable surplus in its trade with the Central European transition countries, and especially with Hungary, Croatia and Slovenia. Hungary is also Austria's major business partner in the region.